Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor(en): **Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1999)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-418349

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
Vizestaatsschreiber: Renato Krähenbühl
Vizestaatsschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Am 24. Oktober fanden die Nationalrats- und Ständeratswahlen statt. Bei den Nationalratswahlen wurden 20 Listen (1995: 27, 1991: 27) mit 443 Kandidatinnen und Kandidaten (1995: 583, 1991: 571) eingereicht. Die Vorbereitung und die Durchführung der Wahlen erfolgten unter der Federführung des Amtes für Zentrale Dienste. Die Zusammenarbeit mit den Regierungsstatthalterämtern und den Gemeinden klappte sehr gut. Bei den Nationalratswahlen kam erstmals im ganzen Kanton die Informatiklösung KAWASYS (Kantonales Wahlsystem) zur Anwendung. Dank dieser Informatiklösung, die in enger ausgezeichneter Zusammenarbeit mit der Bedag Informatik entwickelt worden ist, konnten die Wahlergebnisse zehn Stunden früher als bei den Nationalratswahlen 1995 bekannt gegeben werden. Die Wahlergebnisse wurden zudem erstmals im Internet veröffentlicht.
Die Staatskanzlei ist gleichzeitig Stabsstelle von Grossem Rat und Regierungsrat und stellt die Verbindung zwischen diesen beiden Organen sicher. In dieser Eigenschaft hat sie die 6 Sessionen des Grossen Rates und die 69 Sitzungen des Regierungsrats organisiert, wovon 15 ordentliche Klausursitzungen. Die Staatskanzlei war auch im Bereich der Aussenbeziehungen tätig und hat für den Regierungsrat und das Grossratsbüro die Sitzungen der Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen organisiert (vgl. Ziff. 1.2.2). Weiter hat sie seit dem 1. Juni auf Grund einer Vakanz in der Volkswirtschaftsdirektion das Dossier Arbeitsgemeinschaft Jura (Communauté de travail du Jura) administrativ betreut. Der Regierungsrat hat im Übrigen am 1. September beschlossen, die Koordinationsstelle für Fragen der europäischen Integration (EKS) aus der Volkswirtschaftsdirektion auszulagern und diesen Bereich der Staatskanzlei zu übertragen.
In Bezug auf die politische Gesamtplanung hat die Staatskanzlei die Arbeiten im Zusammenhang mit der ersten Jahresplanung im Sinne des neuen Konzepts koordiniert.
In der Informatik nahm die Staatskanzlei im Frühjahr eine grosse Hürde. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Postgasse 68–72 und des Falkenplatzes 4 (Staatsarchiv) wurde in kurzen Etappen im Rahmen des Informatik-Projekts GISTA-2000 eine moderne, millenniumstaugliche Infrastruktur zur Verfügung gestellt (bisher war noch das Wang-System aus den 80er- bzw. 90er-Jahren im Einsatz). Die neue Infrastruktur beinhaltet sowohl neue PC-Arbeitsplätze (NT-Betriebssystem und Office 97) als auch ein Dokumenten- und Geschäftsverwaltungssystem (DocsOpen) und Mail-Möglichkeiten (Outlook 97). Zudem wurden die meisten Individualanwendungen der neuen EDV-Infrastruktur angepasst.
Grossen Stellenwert räumte das Staatsarchiv der Realisierung und Umsetzung des EDV-Projekts GISTA-2000 ein. Mit der Erarbeitung von Geschäftsstrukturplänen in sämtlichen Ämtern konnten innerhalb der Staatskanzlei zum ersten Mal einheitliche Archivierungsgrundlagen geschaffen werden. In den Bereichen der Registratur und der Aktenablieferung ans Staatsarchiv werden sich daraus in Zukunft grosse Vorteile ergeben.
Die Verwaltung der Regierungs- und Grossratsgeschäfte und der parlamentarischen Vorstösse erfolgt neu ebenfalls mit DocsOpen bzw. einer kleinen Individualentwicklung. Somit sind die Grundlagen geschaffen, diese Informationen – in zukünftigen Projekten – unter Vorbehalt der Datenschutzgesetzgebung einem weiteren Benutzerkreis (Direktionen des Kantons Bern, Grossrätinnen/Grossräte) zur Verfügung zu stellen.
Das Staatsarchiv stand zu Beginn des Jahres im Zeichen der Wachablösung. Nach siebzehnjähriger Tätigkeit als Staatsarchivar trat Herr Dr. Karl F. Wälchli in den Ruhestand. Durch die Neubesetzung von drei Stellen sowie interne Umbesetzungen mussten im personellen Bereich veränderte Strukturen geschaffen werden.
Das im Schloss Fraubrunnen errichtete Urschriftendepot nahm unter der Verantwortung des dortigen Grundbuchverwalters seinen Betrieb auf. Aus Platzgründen blieben die Urschriften der Notare des Amtsbezirks Bern (rund 300 Laufmeter) im Staatsarchiv. Zusammen mit den ebenfalls für die Ablieferung ins Staatsarchiv vorgesehenen Grundbuchplänen und Vermessungsakten beeinflussen die Urschriften die seinerzeit beim Aus- und Umbau des Staatsarchivs berechnete Raumplanung im negativen Sinn.
Die Kommunikation der Behörden und der Kantonsverwaltung hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung zugenommen. In der Zukunft wird sich deren Kommunikationstätigkeit nicht mehr auf die klassische Medienarbeit beschränken. Die Staatskanzlei hat daher unter der Federführung des Amtes für Information eine Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik entwickelt, die der Regierungsrat am 22. Oktober 1999 verabschiedet hat. Die Umsetzung der neuen Strategie soll in zwei Ausbauschritten erfolgen und das Amt für Information als Kompetenzzentrum für Kommunikation mit erhöhten Ressourcen ausstatten.
Die Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern hat sich stark eingesetzt für die Umsetzung des Konzeptes für täterbezogene Massnahmen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft (Berner Interventionsprojekt). Kantonsintern ist sie federführend in der vom Regierungsrat eingesetzten Projektorganisation, zudem ist sie aktiv an der Vernetzung aller Interventionsprojekte in der Schweiz (Basel-Stadt, Basel-Land, Zürich) beteiligt.
Dem *Projekt Arbeit (ver)teilen und gewinnen*, welches über das Bundesgesetz über die Gleichstellung finanziert wird, ist es im Berichtsjahr gelungen, weitere KooperationspartnerInnen zu gewinnen: Neben der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion sind jetzt auch Organisationseinheiten der Volkswirtschafts- und der Erziehungsdirektion beteiligt.

2.2 Berichte der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste (AZD)

2.2.1.1 *Reorganisation*

Das Amt für Zentrale Dienste nimmt innerhalb der Staatskanzlei allgemeine Koordinationsaufgaben wahr und betreut die Ressourcen. Die Organisation innerhalb des AZD muss sich jeweils möglichst rasch den sich verändernden Gegebenheiten anpassen. So wurden im Berichtsjahr Stellenwechsel dazu benutzt, das Sekretariat des Staatsschreibers und den Bereich des Drucksachenverkaufs und der Kanzlei neu zu organisieren. Dabei wurden die beiden Bereiche mit starkem Öffentlichkeitskontakt, Kanzlei und Drucksachenverkauf, unter einer neuen Leiterin zusammengeschlossen. Der bisherige Leiter des Drucksachenverkaufs hat neue Aufgaben im administrativen Support übernommen.
Auch im Bereich des Sekretariats der Amtsleitung und des Personaldienstes wurden neue Pflichtenhefte erstellt und mit internen Verschiebungen eine Verstärkung insbesondere auch des Personaldienstes vorgenommen.

Mit diesen Umstrukturierungen soll auch weiterhin eine optimale Betreuung für alle ermöglicht werden.

2.2.1.2 *Kantonale Drucksachen- und Büromaterialzentrale (KDBZ)*

Bereits im Vorjahr wurden die Weichen gestellt, damit auf 1. Januar 2000 die Herstellung des Amtsblattes der Firma W. Gassmann AG, Biel übertragen werden konnte. Im Rahmen der Ablösungsarbeiten sind die bisherige und die neue Herausgeberin übereingekommen, den Wechsel bereits auf den 1. Juli 1999 vorzuziehen. Die Lösung mit der Firma Gassmann AG hat sich in diesem ersten halben Jahr sehr bewährt. Insbesondere konnten auch für die Nationalrats- und Ständeratswahlen modernste Informatikmittel eingesetzt werden.

2.2.1.3 *Informatik*

Die Belastung der Informatikdienste hat mit dem Informatik-Projekt GISTA-2000 und den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Millenniums-Wechsel weiter zugenommen. Mit der Reorganisation innerhalb des AZD soll die Belastung wieder auf ein erträgliches Mass gesenkt werden können.

2.2.1.4 *Wahlen und Abstimmungen*

Der Bereich Wahlen und Abstimmungen zeigt von der Belastung her eine für die Staatskanzlei typische Wellenbewegung. Die Arbeiten in diesem Bereich werden schwergewichtig durch einen sehr kleinen Personenkreis erledigt. In den Wahljahren, wie z. B. 1999, werden für die eigentliche Durchführung der «Wahl-Grossanlässe» Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei, der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, der Regierungsstatthalterämter und der Gemeinden eingesetzt. Nur dank dem personellen Grosseinsatz und der gesteigerten Anwendung von Informatikmitteln ist es möglich, diese kostengünstige Organisationsstruktur aufrecht zu erhalten.
Im Berichtsjahr fanden erstmals gleichzeitig die Gesamterneuerungswahlen für die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter sowie für die Kreisgerichte statt. Die Federführung oblag dem Amt für Zentrale Dienste und der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion. Während bei den Gerichtsbehörden sämtliche Stellen im stillen Wahlverfahren besetzt werden konnten, fanden für die Regierungsstatthalterwahlen in den Amtsbezirken Biel, Moutier und La Neuveville öffentliche Wahlgänge statt.

2.2.1.5 *Personaldienst*

Die jährlich stattfindenden Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche für die Leistungs- und Verhaltensbeurteilung haben sich in der Staatskanzlei konsolidiert. Die Mitglieder der Amtsvorsteherkonferenz haben sich an einer erweiterten Tagung unter der Leitung von Frau Dr. Yvonne Herzog nochmals mit der Thematik von Zielvereinbarungen und Qualifikationskriterien auseinander gesetzt. Auf Grund mehrmaliger ungenügender Leistungen wurde in diesem Jahr einer Mitarbeiterin die Stelle gekündigt.
Die Staatskanzlei stellt insgesamt drei Lehrstellen zur Verfügung. Zusätzlich sind zwei Ausbildungsplätze für kaufmännische Praktikantinnen und Praktikanten vorhanden. So absolvieren seit August zwei Absolventinnen der Feusi-Schulen das für den kaufmännischen Abschluss notwendige Praktikumsjahr in der Staatskanzlei.
Die Leiterin «Ressort Personelles», Frau Erika Hohmann-Holzer, wurde im Berichtsjahr vom Regierungsrat zur Suppleantin der Beschwerdekommission BEREBE ernannt.

2.2.1.6 *Rathausverwaltung*

Im Bereich der Infrastruktur wurden zahlreiche Verbesserungen erzielt (Telefone). Erste Entwürfe für die Umgestaltung des Schreibzimmers hinter dem Grossratssaal sind der Präsidentenkonferenz vorgelegt worden. Die Staatskanzlei rechnet damit, die entsprechenden Arbeiten im Jahr 2000 ausführen zu können.

2.2.2 **Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)**

2.2.2.1 *Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung*

Obwohl die Aktivitäten des mit der Einstellung des französischsprachigen Personals beauftragten Dienstes (Service SOS-F) etwas zurückgestellt wurden, kontrolliert der Dienst nach wie vor in regelmässigen Abständen, dass die Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung in beiden Amtssprachen erfolgen.

2.2.2.2 *Übersetzung*

Das *Compte rendu des séances du Grand Conseil* wird neu in der Staatskanzlei gedruckt. Dieser Wechsel führt zu Einsparungen und einer rascheren Veröffentlichung des Compte rendu. Hingegen wird der Zentrale Übersetzungsdienst dadurch zusätzlich belastet, da er neu auch das Layout besorgen muss.

2.2.2.3 *Terminologie*

Der Datenbestand von LINGUA-PC wurde laufend erweitert und aktualisiert. Auf Grund technischer Probleme konnte die Intranet-Version der Terminologiedatenbank LINGUA-PC erst Ende 1999 aufgeschaltet und dem gesamten Verwaltungspersonal zur Verfügung gestellt werden. Die für die Übersetzungsdienste bestimmte Version wird Anfang 2000 vorliegen.
Die Leiterin des ZTD nahm im April und November an den Sitzungen des *Rats für deutschsprachige Terminologie* und im November am jährlichen Treffen der *Computerm-Gruppe* teil. Im Mai war sie zudem Teilnehmerin an der *Conférence sur la Coopération dans le domaine de la terminologie en Europe*.
Die Arbeitsgruppe «Terminologie des New Public Managements», die sich aus Vertretern der Kantone Bern, Wallis, Freiburg sowie der Bundesverwaltung und Prof. Kuno Schedler von der Universität St. Gallen zusammensetzt, hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Eine Publikation ihrer Arbeiten ist für Anfang 2000 vorgesehen.
Im Januar und Juni trafen sich die Leiterin des ZTD sowie der Vorsteher des ASR mit ihren Amtskollegen der Kantone Freiburg, Graubünden, Wallis und des Bundes. Diese Arbeitsgruppe arbeitete eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Terminologie aus, die im April von den vier Staatsschreibern und vom Bundeskanzler unterzeichnet werden konnte.

2.2.2.4 *Rechtsdienst*

Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden mehrere Beschwerden, namentlich im Zusammenhang mit den National- und Ständeratswahlen, bei der Staatskanzlei eingereicht. Um die Bernische Systematische Gesetzessammlung (BSG) möglichst rasch auf den neusten Stand zu bringen, war das Berichtsjahr von intensiven Arbeiten rund ums Projekt BELEX geprägt; diese sollen auch im Jahr 2000 fortgesetzt werden. Das Schwergewicht der Arbeiten des Rechtsdienstes lag im Berichtsjahr bei verschiedenen Rechtsetzungsprojekten, beispielsweise im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Kantonalen Finanzkontrollgesetzes (früher Gesetz über die

Finanzaufsicht) oder der Einführung einer Legislaturperiode von sechs Jahren. Gesamthaft konnte im Rechtsdienst eine Arbeitslast verzeichnet werden, die sehr hoch war, insbesondere während der halbjährigen Vakanz der Stelle des deutschsprachigen Juristen (Frühling bis Herbst). Die Ernennung eines neuen Leiters im Rechtsdienst bot Gelegenheit, den Dienst der Juradelegation formell aufzuheben und diesen Dienst zusammen mit den beiden französischsprachigen Juristen, die bis anhin dem Zentralen Übersetzungsdienst unterstellt waren, in den Rechtsdienst einzugliedern.

2.2.2.5 *Politische Mitwirkung*

Im Rahmen seiner Tätigkeiten im Dienste der Juradelegation des Regierungsrats hat das ASR anlässlich seiner Besuche in allen Direktionen verschiedene aktuelle Themen aufgegriffen, die Arbeiten rund um die vermögensrechtliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat fortgesetzt und die Vorschlagsliste mit den 26 in Frage kommenden gemeinsamen Institutionen vorbereitet.
Der Regionalrat hat sich weiter mit dem Vollzug des Regierungsauftrags im Zusammenhang mit der fortschreitenden Autonomisierung befasst und 14 Anhörungen vorbereitet und durchgeführt, an denen alle betroffenen Kreise ihre Meinungen äussern konnten. Er hat im Laufe des Berichtsjahres seine ordentlichen Geschäfte weitergeführt und zahlreiche Sitzungen abgehalten (12 Plenarsitzungen, 11 Sitzungen des Büros, 18 Sitzungen des Steuerungsausschusses, 10 Medienkonferenzen, 36 Sitzungen von Kommissionen und Delegationen).

2.2.2.6 *Zentralbibliothek*

Mit der Einstellung eines juristisch ausgebildeten Bibliothekars konnte die computergestützte Katalogisierung der in der Staatskanzlei vorhandenen Werke für die Zentralbibliothek abgeschlossen werden. Die Katalogisierung der Dokumentationsstelle der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist im Gang.

2.2.3 **Staatsarchiv (StAB)**

2.2.3.1 *Öffentlichkeitsarbeit*

Im Rahmen der Veranstaltungen von «Berns grosse Zeit. Das 15. Jahrhundert neu entdeckt» präsentierte das Staatsarchiv vom 18. Mai bis 2. Juli unter dem Titel «Das grössere Bern. Stadt und Land, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Kirche des 15. Jahrhunderts» eine Ausstellung mit Dokumenten aus seinen spätmittelalterlichen Beständen. Die glanzvolle Eröffnung, das bemerkenswerte Medienecho und die erfreulichen Besucherzahlen bewiesen einmal mehr das grosse Interesse der Bernerinnen und Berner an ihrer Geschichte. Ebenso erfreulich ist die Tatsache, dass mit der Gebäudeversicherung des Kantons Bern erneut ein Sponsor für eine Ausstellung im Staatsarchiv gefunden werden konnte.
Weniger Zuspruch fand leider die vom 29. November bis 4. Dezember kurzfristig ins Staatsarchiv verlegte, durch das «FORUM 1499» mit Unterstützung der Kantone und des Bundes organisierte Wanderausstellung über die Zeit der Schwabenkriege («1499–1999»).
Im Übrigen erfreute sich das Staatsarchiv einer nach wie vor grossen Nachfrage nach Spezialführungen durch seine Räumlichkeiten und Bestände. Bei 40 zum Teil doppelt und dreifach geführten Anlässen wurden rund 700 Personen durch das StAB begleitet. Dazu kamen verschiedene Einsätze bei Führungen von in- und ausländischen Gruppen im Rathaus.

2.2.3.2 *Erschliessung und Benützung*

Der Gesamtzuwachs an Archivalien betrug im Berichtsjahr 259 Laufmeter; davon stammten 239 Laufmeter von staatlichen Dienststellen. Trotz zurückhaltender Ablieferungspraxis neigen sich die Platzreserven im ausgerüsteten Teil des Staatsarchivs dem Ende zu, sodass demnächst mit dem Einbau neuer Rollgestelle eine weitere Etappe der Verdichtung des Archivraums in Angriff genommen werden muss.
Die Frequenz im Lesesaal stieg erneut leicht an; 5511 Besucherinnen und Besucher nahmen die Dienste des Staatsarchivs in Anspruch. Massiv angestiegen sind die Dienstleistungen im Bereich der Familienforschung: Es wurden rund 17 100 Kirchenbuch-Einheiten (in der Regel auf Mikrofilm) konsultiert, was einer Zunahme von mehr als 13 Prozent entspricht. Das Staatsarchiv stösst in diesem Bereich an die Grenzen seiner Kapazität.
Aus der Neuorganisation des Grundbuchwesens im Kanton Bern erwuchs dem Archiv eine zusätzliche, anspruchsvolle Aufgabe. In Zusammenarbeit mit dem Vermessungsamt wurde damit begonnen, die alten Vermessungsakten, insbesondere die Originale der Grundbuchpläne, zu sammeln und ins Staatsarchiv zu überführen. Besonders die tonnenschweren Originalpläne auf Aluminiumplatten stellten das Archiv vor grosse Probleme. Unter Beiziehung eines Baustatikers musste auf der Grundplatte des Archivgebäudes ein Spezialgestell konstruiert werden. Die Zusammenführung und die Erschliessung der historischen Vermessungsakten wird das Staatsarchiv noch einige Jahre beschäftigen.

2.2.3.3 *Bewahrung von Kulturgütern*

Erneut wurden im Staatsarchiv mehrere kantonale und nationale Kulturgüterschutz-Kurse durchgeführt. Auch ohne die im letzten Jahr privatisierte und im Berichtsjahr aus dem Staatsarchiv entfernte Deshydrierungsanlage bietet das Archiv einen interessanten Überblick über zeitgemässe Konservierungsmethoden in verschiedenen Bereichen. Einen Meilenstein in der Geschichte des Archivs stellte die am 23. November erfolgte Einweihung eines separaten Foto- und Filmarchivs dar. Das Staatsarchiv ist nun in der Lage, die ihm anvertrauten Foto- und Filmdokumente unter klimatisch optimalen Bedingungen aufzubewahren. Das neu erstellte Spezialarchiv ersetzt zum Teil die in den 50er-Jahren entstandene legendäre «Eigerwand-Kaverne». Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die erfreuliche Zusammenarbeit zwischen Staatsarchiv, Hochbauamt, Vermessungsamt und Hochschule für Gestaltung, Kunst und Konservierung.
Die beiden langfristig angelegten Konservierungsprojekte (Karten und Pläne, fotografische Quellen) konnten planmässig weitergeführt werden, wobei bei der Fotokonservierung erneut ein finanzieller Beitrag von dritter Seite eingesetzt werden konnte.
Keine Bewegung war hingegen im Bereich der Ablieferung der Kirchenbücher festzustellen. Das Staatsarchiv hofft, dass sich die verhärteten Fronten durch die Zusammenlegung der Zivilstandsämter allmählich auflösen.

2.2.4 **Amt für Information (AI)**

2.2.4.1 *Allgemeines*

Das Projekt «Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik» und die Vorbereitung der Umsetzung des ersten Ausbauschrittes bildeten zusammen mit dem Pilotprojekt NEF-AI 2000 (zweites Versuchsjahr) den strategischen Schwerpunkt. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen beide Vorhaben eine grosse Herausforderung dar. Die Planung, die Organisation und der Betrieb

des Medien- und Informationszentrums für die eidgenössischen Wahlen im Rathaus Bern und die Überprüfung der Dienstleistungen des Amtes, verbunden mit einer Konzentration auf die Kernkundschaft (Behörden, Verwaltung, Medien) sowie der Einführung von Schutzgebühren für kostenintensive Dienstleistungen an Aussenstehende, waren weitere markante Wegmarken im Jahr 1999.

2.2.4.2 *Externe Information*

Die Komplexität der Themen und die projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit verlangen von den Behörden und der Verwaltung nicht mehr nur blosse Information, sondern in zunehmendem Masse auch den Dialog mit der Bevölkerung oder speziellen Anspruchs- und Zielgruppen. Die klassische Information wird von der umfassenderen Kommunikation abgelöst. Diese stellt an die professionellen und personellen Kapazitäten im Kommunikationsbereich erhöhte Anforderungen. Die Beratungstätigkeit im Kommunikationsbereich bildete 1999 zusammen mit der klassischen Medienarbeit das operative Schwergewicht. Die Ressourcen des Amtes wurden daher für die Planung, Vorbereitung und Durchführung der insgesamt 123 Medienkonferenzen sowie für die Redaktion und Übersetzung der 552 Medienmitteilungen (insgesamt 755 Seiten) eingesetzt. Die Medienmitteilungen von Behörden und Kantonsverwaltung wurden mehrheitlich per Briefpost an 277 Abonnenten in deutscher und 75 in französischer Sprache verschickt und gleichzeitig auch im Internet publiziert.
Das Internet nimmt als Informationsquelle ständig an Bedeutung zu. Daher sind die Informationen über den Kanton im Internet (Adresse: www.be.ch) laufend erweitert und aktualisiert worden. Dem Amt für Information obliegen daneben auch die Beratung der Verwaltungsstellen und die Koordination in inhaltlichen Belangen. Erstmals wurden auch die Ergebnisse der eidgenössischen Wahlen auf der Homepage des Kantons publiziert. Schliesslich wurde die schrittweise Realisierung der Basisdokumentation «BE InForm» weitergeführt: Erstmals konnte eine Informationsschrift über den Regierungsrat herausgegeben werden. Der Informationsprospekt «Der Kanton Bern auf einen Blick» ist in vierter Ausgabe erschienen und war derart gefragt, dass er zweimal nachgedruckt werden musste.

2.2.4.3 *Interne Information*

Das Schwergewicht der Personalinformation lag erneut bei den Hintergrundinformationen (vier Ausgaben der Personalzeitschrift «BE-info»). Punktuell wurden diese mit aktuellen Informationen («BE-info: FLASH») ergänzt. Weil die Möglichkeiten der neuen Medien auch bei der internen Kommunikation nutzbar gemacht werden können, wurden erste Vorbereitungsarbeiten für ein Intranet der Kantonsverwaltung getroffen. Die 48 Ausgaben der wöchentlichen Presseschau («BE-reflexe») gingen an 420 Abonnenten. Die mehr als 120 Spezial-Presseschauen, die unter anderem nach Medienkonferenzen zuhanden aller Beteiligten erstellt wurden, ergänzten zusammen mit der laufenden, themenbezogenen Auswertung der Printmedien dieses von der Kundschaft geschätzte Angebot.

2.2.5 Ratssekretariat (RS)

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats und des Grossratsrevisorats befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 Kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)

2.2.6.1 *Allgemeines*

Neben der alltäglichen Beratungstätigkeit (schriftliche und mündliche Auskunftserteilung für interne und externe Rat Suchende) wurde die Mitarbeit der FGS für diverse Arbeitsgruppen und Projekte beansprucht (z. B. Projekt IÜF2 der GEF, ARFLEX der FIN). Für die Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der Stellung der Frauen ist eine erste Berichterstattung an den Regierungsrat in Vorbereitung. Für die Vorbereitung des Entwurfs der Richtlinien zur sprachlichen Gleichbehandlung wurde eine Dokumentenanalyse unterschiedlicher amtlicher Texte und Publikationen in Auftrag gegeben.
Publikationen: Transparenz Nr. 3 – Daten zur Gleichstellung in der Kantonalen Verwaltung. Bulletin Nr. 17: Ein guter Start in die Arbeitswelt – der Lehrstellenbeschluss I im Kanton Bern aus Gleichstellungssicht. Von alten Bildern und neuen Tönen – eine Untersuchung gebräuchlicher Sprachlehrmittel; Qualitätsstandards zur Gleichstellung in Lehrmitteln (im Rahmen der Zusammenarbeit der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten).

2.2.6.2 *Besondere Tätigkeiten*

Das *Projekt Arbeit (ver)teilen und gewinnen – PARTE* hat im Frühjahr unter dem Titel *ZEIT teilen – ZEIT gewinnen* eine Mappe herausgegeben, welche ausführliche Informationen über mögliche Formen der Arbeitszeitgestaltung in der Kantonsverwaltung enthält. Zudem beteiligen sich neu die Inforama Nord und Süd der Volkswirtschaftsdirektion (Qualitätsmanagement) sowie die Erziehungsdirektion mit zwei Teilprojekten (Analysen von Kaderstellen betr. Job-Sharing; Kantonalisierung der Berufsberatungsstellen) an PARTE. Am 3. September wurde das Projekt an einer gesamtschweizerischen Tagung vorgestellt. Ein Gesuch für eine wirkungsorientierte Evaluation des Projekts ist beim Eidgenössischen Büro für Gleichstellung hängig.
Unverändert hoch war das Engagement der Fachstelle bei der Umsetzung des Lehrstellenbeschlusses I sowohl auf kantonaler Ebene im Rahmen der Tripartiten Arbeitsgruppe (ERZ/KAB) wie auch auf schweizerischer Ebene als Mitglied der Leitung von 16+, dem Lehrstellenprojekt der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Ein Grossteil der Arbeit wurde hier in ein umfangreiches Gesuch im Hinblick auf den Lehrstellenbeschluss II investiert.
Zum Abschluss gebracht wurden der quantitative und der qualitative Teil der Studie «Aufstiegsmuster und Karriereverläufe» am Beispiel der erfolgreichen PolitikerInnen im Kanton Bern, der Grossrätinnen und Grossräte. Die Schlussberichte liegen vor. Eine Zusammenfassung der Resultate wird in einem Synthesebericht im ersten Halbjahr 2000 publiziert.
Stark eingesetzt hat sich die FGS für die Erarbeitung eines Konzeptes für täterbezogene Massnahmen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft (Berner Interventionsprojekt). Die Fachstelle ist ausserdem federführend in der vom Regierungsrat eingesetzten Projektorganisation, welche eine praxisnahe Umsetzung des Konzeptes zu erarbeiten hat.
Im Rahmen der Umsetzung des Prüfungsauftrags des Postulats «Migrantinnen im Kanton Bern» (M 056/96) führt die Fachstelle eine Untersuchung durch, die 1. vorhandenes statistisches Material über Migrantinnen auswertet, 2. über biografische Interviews die aktuellen Probleme dieser Bevölkerungsgruppe eruiert, 3. die festgestellten Problemkreise mit den betroffenen Behörden diskutiert und 4. Empfehlungen an verschiedene Zielgruppen daraus ableitet.

2.2.6.3 *Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen*

Am 10. März (Gleichstellungsanliegen an das kantonale Steuergesetz) und am 23. November (drei Jahre Schlichtungskommission gegen Diskriminierung im Erwerbsleben) organisierte die Kommission zwei Anlässe für die Mitglieder des Grossen Rates.
Im Hinblick auf die Nationalratswahlen hat die Kommission eine Kleinplakat-Aktion unter dem Titel «Frauen ins Bundeshaus – KLARA» lanciert. Am 26. August fand dazu eine Medienkonferenz statt.
Auf der Basis der politischen Studie der Fachstelle hat die Kommission eine ganze Reihe von Empfehlungen an verschiedene Zielgruppen (Parteien, Frauenorganisationen, Kandidatinnen usw.) verabschiedet. Diese sollen im kommenden Jahr zusammen mit dem Synthesebericht (siehe oben) in geeigneter Form publiziert und verbreitet werden.
An den zwei Schwerpunkten «Gewalt an Frauen» und «Frauenarbeit und Wirtschaft» wurde auch im Berichtsjahr weitergearbeitet. Die Kommission setzte sich u. a. für die Stellenaufstockung im Frauenhaus Biel ein. Die Arbeitsgruppe «Wirtschaft» erstellte ein Thesenpapier mit dem Titel «Mainstreaming Gender in der Unternehmenspolitik», das sie mit Kaderpersonen aus der Privatwirtschaft diskutierte.
Als Co-Trägerschaft von PARTE (siehe oben) hat die Fachkommission das Projekt begleitet. Die Arbeitsgruppe Trägerschaft hat sich zu vier Sitzungen getroffen.
Im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen nach Abschluss ihrer zweiten Amtsperiode hat die Kommission ihre eigene Arbeit evaluiert und ihre Zusammensetzung neu überdacht. Am 1. Dezember hat der Regierungsrat 20 Mitglieder (12 bisherige, 8 neue) gewählt, darunter drei Männer. Auf das Ende der Amtsperiode ist auch die Präsidentin Joy Matter zurückgetreten.

2.3 **Personal**

2.3.1 **Übersicht**

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 1999

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Amt für Zentrale Dienste[1]	24	15	21,61	11,20	32,90
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste[2]	7	12	6,20	7,70	13,90
Staatsarchiv	11	5	10,50	3,00	13,50
Ratssekretariat	3	3	2,10	2,40	4,50
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	0	2	0,00	1,50	1,50
Zwischentotal I	45	37	40,41	25,80	66,21

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Regierungsrat	4	4	4,00	3,00	7,00
Amt für Information (NEF)	4	3	3,90	2,10	6,00
Zwischentotal II	8	6	7,90	5,10	13,00
Zwischentotal I	45	37	40,41	25,80	66,21
Total per 31. 12. 1999 (mit Regierungsrat)	53	43	48,31	30,90	79,21
Total per 31. 12. 1999 (ohne Regierungsrat)	49	40	44,31	27,90	72,21
Vergleich zum Vorjahr	49	38	46,30	25,18	71,48

[1] Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
[2] Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 1999

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool[1]
Amt für Zentrale Dienste[2]	2988,92	2882,92	106,00
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste[3]	1534,64	1461,98	72,66
Staatsarchiv	1236,00	1198,00	38,00
Ratssekretariat	633,16[4]	510,83	122,33
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	184,80[4]	250,15	– 65,35
Zwischentotal	6577,52	6303,88	273,64
Amt für Information (NEF)	753,07	660,00	93,07
STA RR RP Transit			110,00
Total Staatskanzlei per 31. 12. 1999	7330,59	6963,88	476,71

[1] Abgabe an Regierungsrat-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.
[2] Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
[3] Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates
[4] Ohne Punkte aus dem Regierungsrat-Reservepool

2.3.2 **Personelle Änderungen auf Führungsebene**

Die Leitung des Rechtsdienstes wurde am 1. Mai dem Chef des Dienstes der Juradelegation, Herrn Fürsprecher Gérard Caussignac, übertragen.
Die Stelle des Koordinators für Aussenbeziehungen und europäische Integration wurde mit RRB 2188 vom 1. September 1999 von der Volkswirtschaftsdirektion zur Staatskanzlei transferiert. Der neue Stelleninhaber ist Herr Patrick Trees, lic. phil./Politologe, bis anhin Sekretär der Geschäftsprüfungskommission im Ratssekretariat.
Am 31. Januar 1999 trat nach siebzehnjähriger Tätigkeit als Staatsarchivar Herr Dr. Karl F. Wälchli in den Ruhestand. Seine Verdienste um das Archivwesen und den Kulturgüterschutz im Kanton Bern sind sehr gross. Mit dem Aus- und Erweiterungsbau des Staatsarchivs (1984–1991) und der Einrichtung einer modernen Infrastruktur im Archiv hat sich Karl Wälchli sowohl in Fachkreisen wie auch bei den politischen Behörden und in der Öffentlichkeit hohes Ansehen erworben. Mit Karl Wälchli begann auch die Ära viel beachteter Ausstellungen im Staatsarchiv. Ausserordentlich war sein Einsatz im Rahmen der Feier «800 Jahre Bern». Am 1. Februar 1999 trat sein Nachfolger, Herr Dr. Peter Martig, sein neues Amt an.

2.3.3 **Aus- und Weiterbildung**

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem EDV-Arbeitsplatz haben im Rahmen des Projekts GISTA-2000 eine mindestens zwei Tage dauernde Ausbildung absolviert. Diese beinhaltete hauptsächlich die Handhabung des neuen Dokumenten- und Geschäftsverwaltungssystems DocsOpen sowie von Office 97 (Word 97, Excel 97 und Outlook 97).
Das Amt für Sprachen- und Rechtsdienste hat vom 23. bis 25. August im Schloss Hünigen sein viertes Weiterbildungsseminar durchgeführt, an dem 24 Übersetzerinnen-Terminologinnen und Übersetzer-Terminologen sowie der Amtsvorsteher des ASR teilnahmen. Auf dem Programm standen: Vorträge zum Thema Übersetzung, das neue Legislaturprogramm, die neuen Rechtsetzungsrichtlinien, die neuen feministischen Tendenzen in der Schweiz, das New Public Management und die diesbezüglichen kantonalen Erfahrungen sowie das Web im Dienste der Übersetzung. Das Seminar war ausserdem eine Gelegenheit, alle Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung für einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu versammeln.
Der Beitrag des Amtes für Information an die Aus- und Weiterbildung im Medienbereich beschränkte sich im Berichtsjahr auf

einen erstmals gemeinsam mit dem Kanton Jura durchgeführten Medienkurs für französischsprachige Kader, den Pilotkurs «Umgang mit recherchierenden Medienschaffenden» für deutschsprachige Kader sowie auf die Unterstützung von Behörden und Verwaltung vor Medienauftritten.

2.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Einerseits hat die Arbeitsgruppe Chancengleichheit die Aufträge des konkreten Massnahmenkatalogs laufend umgesetzt, wie z. B. die Einführung der Lehrlinge des 1. und 2. Lehrjahres in die Arbeit der FGS. Andererseits ist sie daran, die einzelnen konkreten Massnahmen dahingehend zu überarbeiten, ob die Massnahmen konkret, praktikabel und überprüfbar sind.

2.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

Ziele/Massnahmen		Priorität	Frist	Stand/Vollzug
801.1	Dem Berner Jura schrittweise mehr Autonomie gewähren.			
801.1.1	Weiterführung der Gedankenarbeit im Auftrag des Regionalrats.	1	Frühjahr 2000	Anhörung aller betroffenen Kreise (14 Sitzungen). Auswertung der Anhörungen.
801.1.2	Änderung des Gesetzes über die politische Mitwirkung.	1	2001	Der Vollzug wird eingeleitet, sobald der Bericht des Regionalrats vorliegt.

2.5 Gesetzgebungsprogramm (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1999

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien		
– Gesetz über die politische Mitwirkung (Änderung)	0	
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Gesetz über die Finanzkontrolle	6	
– Amtsdauer sechs Jahre für Regierungsrat und Grosser Rat	4	Februar 2000
– Projekt «Grosser Rat 160»	1	Februar 2001
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–		
2.5.4 Andere Gründe		
– Energiegesetz (Änderung infolge parlamentarischer Initiative Portmann betreffend Aufhebung der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung bei Altbauten)	1	April 2000

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgewiesen

2.6 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1999

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition[1] TFr.	Produktionskosten[2] bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten[2] im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
4230.100.211 GISTA-2000	800	ca. 50	–	1999
4230.500.201 GRIS	260	75	–	1999

[1] Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan
[2] Folgendes Konto wird berücksichtigt:
a Konto 3158 (Wartung/Reparaturen/Unterhalt von Informatikmitteln)
b Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.7 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Die Staatskanzlei hat weder eine Grob- noch eine Detailuntersuchung durchgeführt.

2.8 Andere wichtige Projekte (Übersicht)

Der Regierungsrat hat am 22. Dezember einen Bericht der Arbeitsgruppe «Grosser Rat mit 160 Mitgliedern» zur Kenntnis genommen. Er hat die Staatskanzlei beauftragt, eine Vorlage für die notwendigen Verfassungs- und Gesetzesänderungen für eine Verkleinerung des Grossen Rates auf 160 Mitglieder vorzubereiten.

2.9 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.9.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

2.9.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Grosser Rat

Motion 216/96 Rickenbacher, Port, vom 2. September 1996 betreffend neue Ausgestaltung der Finanzaufsicht (Punkt 1 angenommen, Punkt 2 angenommen als Postulat am 4. 11. 1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16. 11. 1998).
Motion 226/96 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996 betreffend unabhängige Finanzkontrolle als gemeinsames Organ von Regierung und Parlament (angenommen am 4. 11. 1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16. 11. 1998).
Der Grosse Rat hat den in Ausführung der beiden Motionen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die kantonale Finanzkontrolle in der November-Session beraten.

Motion 222/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf sechs Jahre (angenommen am 21. 1. 1998).
Der Regierungsrat hat am 30. November den gemeinsamen Antrag des Regierungsrats und des Büros zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Die Behandlung ist während der Februar-Session 2000 vorgesehen.

Motion 226/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Verzicht auf die zweite Lesung von Gesetzen (angenommen am 21. 1. 1998).
Die heutige Grossratsgesetzgebung erlaubt es, das Anliegen umzusetzen. Von dieser Möglichkeit machen die Kommissionen heute bereits Gebrauch, indem sie immer prüfen, ob auf eine zweite

Lesung verzichtet werden kann. Weiter gehende Massnahmen sind nicht erforderlich.

Motion 230/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend weniger Kommissionen (angenommen am 21.1.1998).
Die heutige Grossratsgesetzgebung erlaubt es, das Anliegen umzusetzen. Die Präsidentenkonferenz berücksichtigt die entsprechenden Vorgaben bei den Kommissionsbestellungen. Weitergehende Massnahmen sind nicht erforderlich.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 125/98 Lüthi, Münsingen, vom 10. Juni 1998 betreffend Einführung eines «Wahlbatzens» der StimmbürgerInnen für die Parteien im Jahr der kantonalen Wahlen (angenommen am 16. 11. 1998).
Der Vollzug dieser Motion ist Gegenstand eines Berichts, den der Regierungsrat am 22. Dezember verabschiedet hat.

Motion 133/98 Widmer, Wanzwil, vom 15. Juni 1998 betreffend zeitliche Eingrenzung des Versandes des Wahlmaterials (angenommen am 16.11.1998).
Bei den Nationalratswahlen 1999 wurden die Regierungsstatthalterämter mit Kreisschreiben Nr. 2 der Staatskanzlei darauf hingewiesen, dass das Wahlmaterial nicht vor Ende September versandt werden solle, damit die politischen Gruppierungen den Wahlkampf nicht zeitlich nach vorne ausdehnen müssten. Die Staatskanzlei wird inskünftig für die Wahlen entsprechende Weisungen erlassen.

Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motion 014/96 Gurtner, Bern, vom 15. Januar 1996 betreffend Gewalt gegen Frauen: von den Opfern zu den Tätern (angenommen am 2. 9. 1996).
Der Regierungsrat hat am 16. Juni das Konzept für täterbezogene Massnahmen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft im Kanton Bern zur Kenntnis genommen und eine Projektorganisation eingesetzt. Des Weiteren hat er die Projektorganisation beauftragt, die Umsetzungsarbeiten entsprechend dem Konzept an die Hand zu nehmen.

Medien

Postulat 138/98 Lack, Gümligen, vom 15. Januar 1998: Senderstandorte der Berner Lokalradios (angenommen am 17.11.1998).
Die verlangte Intervention (Schreiben des Regierungsrats an das Bundesamt für Kommunikation) ist am 5. Mai erfolgt.

2.9.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

2.9.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Grosser Rat

Motion 251/96 Seiler, Bönigen, vom 4. November 1996 betreffend Generalabonnemente für die Mitglieder des Grossen Rates (angenommen am 28. 4. 1997).
Postulat 113/97 Voiblet, Reconvilier, vom 18. Juni 1997: Seit 1970/71 gab es keinen französischsprachigen Grossratspräsidenten mehr (Punkt 1: zurückgezogen; Punkt 2: angenommen am 19.1.1998).
Motion 130/97 Pauli, Nidau, vom 1. September 1997 betreffend mehr Transparenz in den Abstimmungsbotschaften (Punkt 1: angenommen; Punkt 2: abgelehnt am 19.1.1998).
Motion 223/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Begründung der Dringlichkeit bei parlamentarischen Vorstössen (angenommen am 21.1.1998).
Motion 224/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Privilegierung von Kommissionsvorstössen (angenommen als Postulat am 21.1.1998).
Motion 231/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend verbesserte Dokumentation (angenommen am 21.1.1998).
Motion 232/97 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997 betreffend Register der Interessenbindungen (angenommen am 21.1.1998).
Motion 111/98 Koch, Laupen, vom 8. Juni 1998: Moderne Instrumente für das Parlament (angenommen als Postulat am 18.1. 1999).
Motion 227/98 Hayoz-Wolf, Herrenschwanden, vom 19. November 1998: Nutzloser alter Zopf – Abschaffung oder Neukonzipierung der Fragestunde? (angenommen als Postulat am 21. 6. 1999).
Das Büro des Grossen Rates hat am 18. November der Staatskanzlei (Ratssekretariat) den Auftrag zur Revision der Grossratsgesetzgebung erteilt. Im Rahmen dieser Revision wird der Grosse Rat über die Anliegen befinden können.

Motion 181/97 Widmer, Büren, vom 17. November 1997 betreffend Wahlkreise/Wahlkreisverbände mit 10 bis 20 Mandaten (angenommen als Postulat an 21.1.1998).
Motion 220/97 Widmer, Büren, vom 19. November 1997 betreffend Garantie für einen Sitz pro Amtsbezirk (angenommen als Postulat am 21.1.1998).
Motion 158/98 Widmer, Wanzwil, vom 31. August 1998: Grosser Rat mit 160 Mitgliedern und ein neues Wahlsystem (Punkt 1 angenommen, Punkte 2a, 3 und 4 angenommen als Postulat und Punkt 2b abgelehnt am 19.1.1999).
Motion 159/98 Lack, Gümligen, vom 31. August 1998: Verkleinerung des Grossen Rates (Punkt 1 angenommen und Punkte 2 bis 4 angenommen als Postulat am 19.1.1999).
Motion 203/98 SP (Seiler, Moosseedorf) vom 16. November 1998: Verkleinerung des Grossen Rates auf 160 Mitglieder (Punkt 1 angenommen und Punkte 2 bis 4 angenommen als Postulat am 19.1.1999).
Postulat 021/99 Pauli, Nidau, vom 20. Januar 1999: Angemessene Vertretung der Welschbieler in einem kleineren Parlament (angenommen am 26. 4. 1999).
Der Regierungsrat hat am 22. Dezember einen Bericht der Arbeitsgruppe «Grosser Rat mit 160 Mitgliedern» zur Kenntnis genommen. Er hat die Staatskanzlei beauftragt, eine Vorlage für die notwendigen Verfassungs- und Gesetzesänderungen für eine Verkleinerung des Grossen Rates auf 160 Mitglieder vorzubereiten. Die parlamentarische Arbeit soll im September 2000 beginnen, sodass – wenn der politische Wille vorhanden ist – die nächsten Grossratswahlen im Frühjahr 2002 gemäss den neuen Vorgaben durchgeführt werden können.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 123/98 Wyss, Bern, vom 10. Juni 1998 betreffend Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre (Buchstabe a: abgelehnt; Buchstabe b: angenommen als Postulat am 17.11.1998).
Zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 in Gemeindeangelegenheiten wäre eine Änderung der Verfassung und des Gemeindegesetzes nötig. Die Frage ist in Bearbeitung.

Postulat 191/98 Widmer, Wanzwil, vom 9. September 1998: Kandidaturen auf ausseramtlichen Wahlzetteln nur mit Einwilligung der Betroffenen (angenommen am 19.1.1999).
Dieses Postulat wird im Rahmen der bevorstehenden Revision des Dekrets über die politischen Rechte vollzogen.

Medien

Postulat 232/98 Wyss, Bern, vom 21. November 1998: Der Grosse Rat in den Augen der Schulklassen (angenommen am 26.4.1999).
Die Anliegen des Postulats fliessen in die Aktivitäten der Arbeitsgruppe «Offenes Rathaus» ein. Gegen Ende 2000 dürfte ein Konzept vorliegen, dessen Umsetzung dann im Jahr 2001 vorgesehen ist.

2.9.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Grosser Rat

Postulat 227/96 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996 betreffend verwaltungsunabhängiges Ratssekretariat (angenommen am 4.11.1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16.11.1998).
Nachdem der Grosse Rat einen Modellentscheid zur Finanzaufsicht (Finanzkontrollgesetz) gefällt hat, kann das Anliegen wieder aufgenommen und im Rahmen der Revision der Grossratsgesetzgebung behandelt werden.

Berner Jura

Motion 172/96 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996 betreffend den Erhalt der dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7.11.1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16.11.1998).
Der Regionalrat wird im ersten Halbjahr 2000 den vom Regierungsrat angeforderten Bericht über die fortschreitende Autonomisierung ausarbeiten. Anschliessend wird der Regierungsrat dem Grossen Rat Anträge in Bezug auf die künftige Stellung des Berner Juras und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel vorlegen. Der Gegenstand der Motion wird ebenfalls im Bericht behandelt werden.

Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motion 056/96 Gurtner, Bern, vom 23. Januar 1996 betreffend Migrantinnen im Kanton Bern (angenommen als Postulat am 2.9.1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16.11.1998).
Die federführende Fachstelle für Gleichstellung führt eine dreiteilige Untersuchung durch (Zusammentragen und Auswerten von vorhandenem statistischem Material; Aufarbeiten aktueller Probleme und Fragestellungen über biografische Interviews mit Frauen verschiedener Nationalitäten; Diskussion der festgestellten Problemkreise in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit und Recht mit den betroffenen Behörden). Auf Grund der Resultate sollen Empfehlungen an verschiedene Zielgruppen formuliert werden

2.9.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Berner Jura

Postulat 269/92 Houriet, Courtelary, vom 10. Dezember 1992 betreffend Zweisprachigkeit (angenommen am 23.6.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).
Postulat 110/93 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993 für eine stärkere Rolle der Juradelegation des Regierungsrats (angenommen am 2.11.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).
Postulat 216/93 Verdon, Corgémont, vom 16. September 1993 betreffend Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in Bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16.3.1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4.11.1996).
Motion 124/94 Aellen, Tavannes, vom 5. September 1994 betreffend rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben; Punkt 2 angenommen als Postulat am 17.1.1995).
Der Regionalrat wird im ersten Halbjahr 2000 den vom Regierungsrat angeforderten Bericht über die fortschreitende Autonomisierung ausarbeiten. Anschliessend wird der Regierungsrat dem Grossen Rat Anträge in Bezug auf die künftige Stellung des Berner Juras und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel vorlegen. Die in den vier Vorstössen aufgegriffenen Probleme werden ebenfalls im Bericht behandelt werden.

Amtsblätter

Postulat 064/95 Hofer, Biel, vom 13. März 1995 betreffend Amtsblatt: Reduktion amtlicher Publikationen (Buchstabe b abgelehnt, Buchstaben a und c angenommen am 4.9.1995; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 17.11.1997).
Bst. a: Mit dem Inkrafttreten des Gemeindegesetzes am 1. Januar 1999 wird auf die Publikation von Gemeindeversammlungen im Amtsblatt verzichtet. Bst. c: Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Staatskanzlei wird im Verlaufe des Jahres 2000 einen Entwurf der Richtlinien zur sprachlichen Gleichbehandlung als Mitbericht der Verwaltung zukommen lassen können.

2.10 Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriftensammlung	Zustandekommen	Bemerkungen
Vermummungsverbot bei Demonstrationen	10.6.1992	3.2.1993	Ablehnung des Gesetzesentwurfs durch den Grossen Rat am 20.11.1997 In der Volksabstimmung vom 7.6.1998 angenommen Änderung des EG zum Schweizerischen Strafgesetzbuch (Inkraftsetzung 1.10.1999)
Tiefere Steuern für verbrauchsarme Personenwagen	17.4.1998	9.12.1998	Beratung im Grossen Rat im Jahr 2000
Stilllegung des AKW Mühleberg	5.11.1998	23.6.1999	Beratung im Grossen Rat im Jahr 2000

Bern, Februar 2000

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 1. März 2000